

# Der inklusive Staat

## – Die öffentliche Verwaltung als Akteurin im Antidiskriminierungsrecht

### Grundlagen

1. Die kategoriale Unterscheidung von Menschen als Grundlage des Antidiskriminierungsrechts – Ansatz, Ausgestaltung und Reformoptionen der Merkmalskataloge im Unions-, Bundes- und Berliner Verfassungsrecht
2. Rechtliche Voraussetzungen und Formen einer Diskriminierung – auch unter Berücksichtigung des Konzepts der „Versagung angemessener Vorkehrungen“
3. Die Bevorzugung unterrepräsentierter Gruppen („affirmative action“) durch die öffentliche Verwaltung im Spiegel des Art. 3 GG: Verboten, erlaubt oder geboten?
4. Spezifischer Schutz vor intersektionaler Diskriminierung – status quo und Regelungsoptionen

### Zugang

5. Der Zugang zum öffentlichen Dienst von Menschen mit Migrationshintergrund – Regelungen für öffentliche Stellen des Bundes und des Landes Berlin und rechtliche Möglichkeiten zur Einführung einer Quote
6. Politische Anschauung und Parteizugehörigkeit als Voraussetzungen und als Ausschlusskriterien für den Zugang zum öffentlichen Dienst
7. Die Vereinbarkeit eines Verbots des Tragens religiöser Symbole und Bekleidung im öffentlichen Dienst mit Religions- und Berufs(wahl)freiheit
8. Altersgrenzen im öffentlichen Dienst – einfach-rechtliche Ausgestaltung und ihre Vereinbarkeit mit Unions- und Verfassungsrecht
9. Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität – Vorgaben des Unions- und des Verfassungsrechts und eine Einordnung rechtspolitischer Initiativen zur Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG

### Kommunikation

10. Die Amtssprache ist deutsch – rechtliche Möglichkeiten und Grenzen zur Kommunikation (mit) der Verwaltung in nicht-deutscher Sprache
11. Gendergerechte Sprache öffentlicher Stellen – Gebot oder Verbot?
12. Die Verwendung Leichter Sprache und barrierefreier Informationstechnik durch öffentliche Stellen des Bundes und des Landes Berlin – verfassungsrechtliche Forderungen, einfach-rechtliche Ausgestaltung und rechtliche Bindungswirkung behördlicher Äußerungen
13. „Digital-only“ – Ansprüche auf und Grenzen für eine digitale Verwaltung

### Kontrolle

14. Schutz vor Diskriminierungen durch (Verwaltungs-)Prozessrecht, insbesondere Verbandsklagerechte und Modifikationen zu Beweismaß und -last
15. Schutz vor Diskriminierungen durch „Beauftragte“ im Bund und im Land Berlin – Ausgestaltung, Befugnisse und Reformbedarf
16. Die Ausgestaltung der Antidiskriminierungsstellen des Bundes und des Landes Berlin vor dem Hintergrund unionsrechtlicher Anforderungen, insb. der Richtlinie (EU) 2024/1499